

RESOLUTION KLAUSUR Januar 2021

Aktueller Stand 14.01.2021

Auswirkungen von Corona auf das Sozialleben

Der Ausbruch der Corona-Pandemie stellt das gesellschaftliche Zusammenleben vor große Herausforderungen. Es gilt, Solidarität zu zeigen, Kontakte einzuschränken und auf das gewohnte Sozialleben zu verzichten. Ziel ist es nach wie vor, die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, um das Gesundheitswesen nicht zu überfordern. Für Jung und Alt ist diese Situation gleichermaßen schwierig, denn der soziale Kontakt fehlt allen Generationen. Insbesondere der Begriff „Social Distancing“ ist seit Beginn der Krise in aller Munde. Allerdings ist der Begriff „Soziale Distanz“ auch irreführend, da vorrangig eine körperliche bzw. räumliche und keine soziale Distanzierung notwendig ist. Dennoch gilt es, möglichst zu Hause zu bleiben und alltägliche Kontakte zu reduzieren – ganz besonders für ältere Menschen und Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen.

Das Jahr 2020 hat nachhaltige Auswirkungen auf unser gesellschaftliches Selbstverständnis. Alltägliche Strukturen, Arbeitsabläufe oder das Sozial- und Familienleben mussten in kürzester Zeit drastisch eingeschränkt werden, um die globale Ausbreitung des Virus wirksam einzudämmen. Manche Bereiche unserer Gesellschaft könnten davon dauerhaft betroffen sein. Gegenwärtig befinden wir uns noch mitten in der Corona-Krise. Dennoch lassen sich schon jetzt Lehren für die Zukunft ziehen, um unsere zivilgesellschaftlichen Strukturen robust und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln und zu verfestigen.

Familie

Für Familien ist die Corona-Pandemie eine echte Zerreißprobe. Es bestehen nicht nur viele Unsicherheiten im Umgang mit dem Coronavirus, sondern Familien müssen sich komplett neu erfinden und organisieren und haben viele Probleme zu lösen – sei es in Bezug auf Kinderbetreuung, Freizeitgestaltung, Erziehungsfragen oder auch jegliche anderen Herausforderungen des täglichen Lebens. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir Familien deshalb in diesen turbulenten Zeiten ausreichend Hilfestellungen an die Hand geben, um den Alltag in Pandemiezeiten abwechslungsreich gestalten zu können.** Denn die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf

Kinder hängen davon ab, wie gut ihre Eltern mit der Situation zurechtkommen. Belastungen und Verunsicherungen, die die Eltern in der Corona-Krise erleben, werden auf die Kinder übertragen. Eltern sind gefordert, neue Lebenskonzepte zu entwickeln und für andere Lebensbereiche, wie etwa (frühkindliche) Bildung, Verantwortung zu übernehmen. Für Familien, die durch die Corona-Krise besonders betroffen und belastet sind und somit vor großen Herausforderungen stehen, **wollen wir einen umfassenden Beratungs- und Betreuungsservice zu allen Fragen und Problemen des täglichen Lebens gewährleisten.**

Auch ohne direkten persönlichen Kontakt soll die Einschätzung der Familien und Kinder im Rahmen von Digitalisierungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen mit pädagogischen Ansätzen bewertbar gemacht werden. **Demgemäß wollen wir Ehe-, Familien-, Schwangerschafts- und Erziehungsberatungsstellen sowie Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt dabei unterstützen, einen sinnvollen, praktikablen und zugleich datenschutzkonformen Umgang mit digitalen Kommunikationsmitteln in ihre Arbeitsweise zu integrieren, indem die analoge und die digitale Welt in Einklang gebracht werden.**

Kindertagesbetreuung

Es konnte bisher beobachtet werden, dass eine Covid-19-Erkrankung bei Kindern in der Regel deutlich milder verläuft als bei Erwachsenen. Es gibt außerdem aktuell vermehrt Hinweise darauf, dass speziell jüngere Kinder (unter zehn Jahren) eine geringere Rolle im Infektionsgeschehen spielen. Zudem waren beispielsweise im November 2020 nur ca. drei Prozent der Kitas in Bayern zum Teil oder ganz geschlossen – in den meisten Fällen nur aufgrund von Verdachtsfällen. Kinder haben ein Recht auf (frühkindliche) Bildung und haben unter den Kita- und Schulschließungen in diesem Frühjahr besonders gelitten. **Unser erklärtes Ziel ist es, dass trotz der aktuellen pandemischen Lage Angebote der Kindertagesbetreuung – beispielsweise mit großzügigen und unbürokratischen Notbetreuungsangeboten – bestmöglich aufrechterhalten werden.** Einerseits wollen wir somit die Interessen der Kinder und der Eltern stärken. Denn neben der (frühkindlichen) Bildung haben Kinder vor allem auch einen Anspruch auf soziale Bindung zu Gleichaltrigen sowie Erziehungspersonal. Für Familien sind Kitas besonders wichtig, um Privatleben und Beruf auch in Pandemiezeiten vereinbaren zu können. Andererseits ist es uns ebenso wichtig, die Erzieherinnen und Erzieher in den Kinderbetreuungseinrichtungen im Blick zu haben. Eine

fortlaufende, angemessene, altersgerechte und praxistaugliche Modifizierung und Aktualisierung der Schutz- und Hygienekonzepte ermöglichen es, beim Umgang mit Kindern und Personal mit Krankheitssymptomen entsprechend nachzusteuern sowie pädagogische bzw. didaktische Standards aufrechtzuerhalten.

Die hohe Aufmerksamkeit, die der Kindertagesbetreuung während der Corona-Pandemie zuteil geworden ist, hat ihre Relevanz für das gesellschaftliche System offengelegt. **Um Familien mit kleinen Kindern in Krisenzeiten aber auch künftig eine politische Stimme zu geben, fordern wir eine demokratisch legitimierte und staatlich anerkannte Vertretung aller Personensorgeberechtigten von Kindern, die eine Kindertageseinrichtung – unabhängig von der Trägerschaft – im Freistaat Bayern besuchen.**

Gewaltprävention

Viele Menschen stehen derzeit unter hohem Druck, etwa aus Angst vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus, aus Sorge um ihren Arbeitsplatz, aus finanzieller Not oder wegen der häuslichen Enge im Falle von Quarantäneanordnungen. Der psychische und physische Stress sowie die gegenwärtigen Kontaktbeschränkungen führen vermehrt zu Spannungen und Streit. Wenn das häusliche Umfeld ein Ort der Gewalt und Gefahr wird, hat dies verheerende Folgen, vor allem, wenn keine Möglichkeit besteht, diesem Ort zu entkommen. Wenn häusliche Gewalt bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie ein Thema war, kann sich die Lage in dieser Stresssituation noch weiter zuspitzen. Allerdings können auch in bislang unbelasteten Familien Konflikte unter Umständen eher in Gewalt ausarten. Die überwiegende Mehrheit der Opfer von häuslicher und/oder sexueller Gewalt sind dabei Frauen. Wenn sie und ihre Kinder vor Gewalt in der Partnerschaft fliehen, sind Frauenhäuser oftmals die letzte Zufluchtsstätte. Auch und gerade während der Corona-Pandemie erhalten gewaltbetroffene Personen und ihre Kinder weiterhin zuverlässig Unterstützung. **Vor allem auch mit Blick auf die Zeit nach der Corona-Krise wollen wir die bestehenden Hilfs- und Beratungsangebote, wie beispielweise das Angebot an Plätzen in Frauenhäusern, flächendeckend weiter ausbauen und personell verstärken.**

Viele Beratungsstellen bieten aktuell zudem verstärkt telefonischen Beistand oder Online-Beratung an. Diese Umstellung ist für manche Hilfesuchenden ein Prozess, der professionell begleitet werden muss. Zudem werden für bestimmte Zielgruppen bei telefonischer oder Online-Beratung zusätzliche Leistungen (z.B. Zuschalten von

Sprachmittlern/Dolmetschern, auch für Leichte Sprache) notwendig. Die Umstellung auf andere Angebote erfordert auch von Beratungsstellen ein hohes Maß an Organisation, monetären Mitteln und Krisenmanagement. Eine bessere technische Ausstattung für Telefon- und Videokonferenzen oder der Auf- und Ausbau von Online-Beratung wird vielerorts dringend benötigt. **Wir wollen Interventions-, Notruf- und Fachberatungsstellen daher finanziell unterstützen, damit diese ihr Angebot während und nach der Krise in dem benötigten Umfang aufrechterhalten bzw. bei steigenden Bedarfen ausweiten können, wie etwa für die Beschaffung und Implementierung technischen oder Softwarelösungen für telefonische und Online-Beratungen oder für Übersetzungsleistungen.**

Jugend

Auch Jugendliche haben es in der Corona-Pandemie nicht leicht. Denn der Freiraum, den sie in diesem Alter brauchen, wird stark eingeschränkt. So müssen junge Erwachsene, die gerade eine Ausbildung oder ein Studium anfangen, digital ins Ausbildungsjahr oder ins Semester starten und vermissen die Gemeinschaft und den Austausch. Jungen Menschen wird gegenwärtig viel zugemutet und der Großteil verhält sich verantwortungsbewusst und rücksichtsvoll. Allerdings wollen junge Menschen nicht nur auf ihre Rolle als Auszubildende oder Schülerinnen und Schüler reduziert werden. Nicht nur jetzt gilt: Jugendliche wollen gehört werden und mitreden. Schließlich treffen sie die sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie gerade am Übergang von Schule zu Ausbildung und Beruf besonders hart. Junge Menschen im Blick zu behalten und ihnen sichere Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, bleibt daher eine wichtige Aufgabe. **Aus diesem Grund wollen wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Jugendliche an der politischen Willensbildung umfassend beteiligen und die Jugendbeteiligung auf Landesebene verbessern.**

Gleichstellung/Alleinerziehende

Alleinerziehende – in der Regel Frauen – haben es deutlich schwerer mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Paarfamilien und müssen oft doppelte Arbeit leisten. Die Pandemie hat verdeutlicht, welche große gesellschaftliche Bedeutung die Arbeit in systemrelevanten Berufen hat. Insbesondere, wenn man sich vor Augen führt, dass ein Großteil dieser Berufe von Frauen ausgeübt wird. Darüber hinaus übernehmen Frauen – vor allem Mütter – neben dem Beruf meist auch die Haus- und Betreuungs-

bzw. Erziehungsarbeit und sind durch die Organisation des neuen Familienalltags derzeit im privaten und beruflichen Umfeld besonders gefordert. **Daher setzen wir uns dafür ein, dass Betreuungsangebote zu Rand- und Ferienzeiten oder an Wochenenden weiter ausgebaut werden, damit Mütter mit Berufen z.B. im Pflege- und Sozialbereich, im Einzelhandel und in der Gastronomie oder mit Schichtdiensten Familie und Beruf besser vereinbaren können.**

Außerdem wollen wir verhindern, dass Frauen durch die Corona-Pandemie wieder in traditionelle Rollenmuster zurückgedrängt werden. **Im Sinne einer gleichberechtigten Steuerverteilung unter Berücksichtigung der Anzahl der Kinder wollen wir das Ehegattensplitting langfristig durch das Familiensplitting im Rahmen einer einkommensteuerlichen Veranlagung von Familien mit Kindern ersetzen.**

Ferner gibt es aktuell viele unterschiedliche Sozialleistungen für Familien und deren Kinder. Diese verschiedenen Leistungen für Familien reichen oft nicht aus, weil sie teilweise nicht gut aufeinander abgestimmt und kompliziert zu beantragen sind. **Die kindbezogenen Leistungen wollen wir weiter bündeln und somit den hohen bürokratischen Aufwand im Antragsverfahren sowohl für Familien als auch für Behörden vereinfachen.** Kinder sollten als Teil ihrer Familie und damit auch als Teil der Bedarfsgemeinschaft betrachtet werden.

Vulnerable Gruppen

Der hochinfektiöse SARS-CoV-2-Erreger macht drastische Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger notwendig. Insbesondere für Risikogruppen – ältere Menschen und Menschen mit relevanten Vorerkrankungen – besteht ein erhebliches Risiko für schwere oder sogar tödliche Verläufe bei einer Erkrankung mit Covid-19. Allerdings können diese Regelungen auch erhebliche Folgen für den Einzelnen haben, sodass immer eine sorgfältige Abwägung der betroffenen Interessen erforderlich ist. Selbstbestimmung und individuelle Freiheitsrechte sind bedeutsame Rechte neben dem Gesundheitsschutz und dem Schutz der Allgemeinheit. **Mit zielgenauen Regelungen (Begrenzung der Besuche, Verteilung von FFP2-Masken, Corona-Schnelltests, freiwillige Reihentestungen) zum Schutz der besonders gefährdeten Gruppen in Altenheimen, Seniorenresidenzen, Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wollen wir auch weiterhin Besuche ermöglichen, um Menschen vor Vereinsamung zu schützen.**

Zudem wollen wir verhindern, dass die gegenwärtigen Regelungen dazu führen, dass Menschen gesellschaftlich isoliert werden. Wichtig ist vor allem, dass in diesen unsicheren Zeiten alle Menschen über alle notwendigen Maßnahmen gleichermaßen gut informiert sind. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns deshalb dafür ein, dass in Zukunft möglichst alle Reden und Pressekonferenzen des Bayerischen Kabinetts im Fernsehen – sowie alle Auftritte in den sozialen Medien – direkt live von einer Gebärdensprachdolmetscherin oder einem Gebärdensprachdolmetscher übersetzt werden.**

Die Krisenbewältigung bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsweise, ohne eine Stigmatisierung von coronabedingten Risikogruppen zu befördern. So stehen beispielweise gehörlose oder hörbehinderte Menschen während der Corona-Pandemie vor besonderen Herausforderungen. Aufgrund von Mund-Nasen-Bedeckungen entfällt etwa die Möglichkeit, von den Lippen abzulesen. Gerade in der Krisenzeit wurde deutlich, wie wichtig technische Hilfsmittel und Assistenzleistungen für gehörlose oder hörbehinderte Menschen zur Teilhabe an der Gesellschaft sind. **Durch die Einführung eines Bayerischen Gehörlosengeldes wollen wir diese finanziellen Mehraufwendungen in Zukunft kompensieren.**